

**Arbeitskreis Verbandsgemeinde
Kelberg - muss bleiben
Kommunal- und Verwaltungsreform
Selbstständigkeit oder Fusion der
Verbandsgemeinde Kelberg**



bürgernah · leistungsstark · selbstständig
Internet: www.vg-kelberg-muss-bleiben.de

Wir stehen zu unserer Verbandsgemeinde

Hier das Antwortschreiben von Frau Julia Klöckner, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, zu unserem Schreiben an Herrn Ministerpräsident Beck, Herrn Staatsminister Lewentz, die Damen und Herren Fraktionsvorsitzenden des Landtages sowie die Damen und Herren Landtagsabgeordneten aus der Region.

Lieber Herr Kapell, für die Übersendung Ihres Argumentationspapiers zum Erhalt der Verbandsgemeinde Kelberg danke ich Ihnen ganz herzlich. Die CDU-Landtagsfraktion hat sich zu jeder Zeit gegen Zwangsfusionen von Gemeinden ausgesprochen. Ich unterstütze deshalb ausdrücklich Ihr Bemühen die Eigenständigkeit der Verbandsgemeinde Kelberg zu erhalten, zumal dies auch offensichtlich der Wille der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ist.

Mit Ihrem Anliegen stehen Sie nicht alleine. Beispielsweise hat die Verbandsgemeinde Maikammer in der Pfalz, die eine ähnliche Einwohnerzahl wie die Verbandsgemeinde Kelberg

aufweist, in einem im Innenministerium präsentierten Gutachten nachgewiesen, dass Einwohnerzahl nicht gleich Zukunftsfähigkeit ist. Auch die Verbandsgemeinde Maikammer mit etwas über 8.000 Einwohnern weist eine unterdurchschnittliche Verschuldung und eine gute Wirtschaftskraft auf.

Überall vor Ort demonstrieren jetzt Betroffene aus Orts- und Verbandsgemeinden für ihre Kommune oder wollen kreisübergreifende Fusionen, die von der Landesregierung abgelehnt werden.

Ich habe deshalb die Landesregierung aufgefordert, die derzeitige Kommunal- und Verwaltungsreform durch ein Moratorium zu stoppen und die Zwangsfusionen ab 1. Juli auszusetzen.

Sehr geehrter Herr Kapell, wir haben in zahlreichen Kontaktversuchen, Gesprächen und zuletzt mit einem großen Antrag im Landtag deshalb versucht, die Landesregierung von ihrer bisherigen Linie abzubringen und neu über die Reform zu diskutieren.

Diesem Ziel dient auch ein von mir initiiertes Gespräch mit dem Ministerpräsidenten, das Ende nächster Woche stattfindet.

Bisher haben aber weder der Ministerpräsident noch der Innenminister oder die rot-grüne Regierungsfractionen ihre Bereitschaft erklärt, auf unsere Forderungen einzugehen.

Unser entsprechender Antrag, den ich dem Brief beifüge, wurde von der rot-grünen Mehrheit abgelehnt.

Sehr geehrter Herr Kapell, wir versuchen in der Sache natürlich weiter ständig im Gespräch mit der Landesregierung zu bleiben.

Ich hoffe, dass sich die Verantwortlichen noch einsichtig zeigen. Sollten mir neue Erkenntnisse vorliegen, werde ich Sie selbstverständlich informieren.

*Herzlich Grüße
Ihre
Julia Klöckner*